

Lokale und regionale Bündnisse gründen und koordinieren

Michael Helmbrecht, Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europ. Metropolregion Nürnberg

Vorbemerkungen zur Allianz gegen Rechtsextremismus

Die Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg, gegründet 2008, ist ein Netzwerk, zu dem sich ca. 140 Städte, Gemeinde, Landkreisen und über 140 zivilgesellschaftliche Gruppen/Organisationen zusammengeschlossen haben. Die Geschäftsführung wird als zusätzliche Arbeitsaufgabe stundenweise vom Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg wahrgenommen werden. Organe der Allianz sind ein fünfköpfiger Kreis aus Vorsitzenden, die unterschiedliche Milieus repräsentieren (Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Gewerkschaft, Kirche, Kommune), der achtmal jährlich tagende Koordinierungskreis mit ca. 20 Mitgliedern, die aus unterschiedlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen kommen sowie die mindestens einmal pro Jahr stattfindende Versammlung der Mitglieder der Allianz.

Maßgeblicher Grund für diese Netzwerkbildung ist eine sehr aktive Neonazi-Szene in Nordbayern, die unter anderem versucht, in kleineren Städten und Gemeinden Fuß zu fassen.

Im Folgenden in Stichworten einige Aktivitäten der Allianz:

- Entwicklung und Herausgabe eines „Handlungsprogramms“, das Empfehlungen und Möglichkeiten für die Bekämpfung des Rechtsextremismus auf unterschiedlichen Politik-/Handlungsfeldern (Wirtschaft, Bildung, Sport etc.) formuliert und gleichzeitig das Selbstverständnis der Allianz konturiert.
- Mobilisierung zu Gegendemonstrationen bei signifikanten Neo-Nazi-Aktivitäten, bspw. über Anzeigen in den Nürnberger Nachrichten und/oder eigene Veranstalterschaft.
- Organisation sowie Teilnahme an Gedenkfeiern (z. B. Tag der Menschenrechte im Gedenken an die Opfer der NSU-Verbrecher; Einweihung des Denkmals zu Ehren der rassistischen NSU-Morde).
- Kampagne „Kein Platz für Rassismus“ für das Gaststätten- und Hotelgewerbe (Ratgeber-Broschüre und Aufkleber in Anlehnung an die Regensburger Kampagne).
- Regelmäßiger Informationsaustausch und Abstimmung mit dem Koordinierungskreis – Information über Neonazi-Aktivitäten und Knowhow-Transfer; Koordinierung des kollektiven Handelns.
- Ausdifferenzierung des Koordinierungskreises mit Etablierung eines „Bildungskreises“, in dem VertreterInnen bedeutender Bildungsträger engagieren und gemeinsame Bildungsveranstaltungen planen (z. B. für LehrerInnen und SchülerInnen).
- Austausch und Klärungsgespräche mit Polizei.
- Vorträge über Rechtsextremismus und dessen Bekämpfung.
- Ko-Partner von Bildungsveranstaltungen und Tagungen.
- Beratung von Kommunen und Landkreisen bei Nazi-Aktivitäten
- Kampagnen, wie etwa die Kampagne „Wir stehen ein für Menschenrechte. Keine Nazis in die Parlamente wählen“ – eine Fotoaktion, an der über 2.000 Menschen in der Straße der Menschenrechte teilgenommen hatten.
- Weitere Informationen gibt es auf der Homepage der Allianz: www.allianz-gegen-rechtsextremismus.de

Grundsätzliche Bemerkungen zur Gründung und Koordinierung von Netzwerken

Nachfolgend sollen theseenförmig einige grundsätzliche Überlegungen zur Arbeit von und in Netzwerken formuliert werden.

- Bei der Gründung eines lokalen bzw. regionalen Bündnisses handelt es sich um die Gründung eines kollektiven Akteurs, der im gelingenden Fall handelt und nicht nur symbolische Politik betreibt.
- Man kann **homogene** und **heterogene** Netzwerke unterscheiden. *Homogene Netzwerke* sind – in der Sprache der Soziologie – „bonding networks“, d.h. auf Ähnlichkeit beruhende, nach Außen relativ abgeschlossene Zusammenschlüsse. Ihre Vorteile sind die wechselseitige Bekräftigung der Einpunkt-Themen der Netzwerkmitglieder, Vertrauensverhältnisse, relativ enger Austausch, Solidarität, schnelle Handlungsfähigkeit, scharfe Positionierungen und euphorische Kreativität. Ihre Nachteile können sein: Exklusivität der Mitgliedschaft, mehr oder minder hoher Anpassungsdruck, Sanktionierung von „Abweichtlern“, Verengung der Problemsichten und Handlungsstrategien, „Projektemacherei“ und Ideologisierung. *Heterogene Netzwerke* können soziologisch als „bridging networks“ beschrieben werden. Es handelt sich um Zusammensetzungen aus Mitgliedern unterschiedlicher Milieus, unterschiedlicher Organisationen, die unterschiedlichen Anspruchsgruppen und Handlungslogiken verpflichtet sind. Ihre Vorteile sind u.a. hohe Integrationskapazitäten, Problematisierungs-Power, Multiperspektivität und Diskursivität, Breitenwirksamkeit, wechselseitige Korrektur der Sicht und Handlungsweisen durch Zwang zur Perspektivenübernahme, Zusammenlegung von effektiven Einflusspotentialen. Ihre Nachteile können sein: Handlungslähmung durch mangelnde Konsensbildung („Papiertigerschaft“), hohe Koordinationskosten, geringere Vertrauensbildung aufgrund von Beschattung und Kontrolle, Usurpationsversuche durch einzelne Akteure, Konfliktaushandlung als Daueraufgabe, Lähmung der Kreativität, kompromisslerische Ergebnisse. Aufgrund der Vor- und Nachteile der jeweiligen Netzwerktypen ist es sinnvoll, dass es heterogene, auch zeitweise heterogen agierende sowie homogene Netzwerke gibt bzw. begründet werden. Beide Formen haben ihre Berechtigung vor dem Hintergrund des Problems, das sie bekämpfen.
- In den meisten Netzwerken gibt es Diversitäts-Konstellationen aufgrund des Zusammenwirkens von ehrenamtlichen und beruflichen Akteuren, VertreterInnen von im städtischen und im ländlichen Raum aktiven Gruppen, verschiedenen Altersgruppen, Männern und Frauen, Akteuren mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Reputation und Macht, VertreterInnen der „Metropole“ und VertreterInnen der Peripherie etc. Diese Diversitäts-Konstellationen stellen der Möglichkeit nach eine Ressource und ein Konfliktdynamisierungs-Potential zugleich dar.
- Lokale und regionale Bündnisse zu gründen ist **aus mehreren Gründen sinnvoll** und eine unverzichtbare Strategie in der Bekämpfung neonazistischen, menschenrechtsfeindlichen Gedankenguts.
3.1 Mit der Gründung eines kollektiven Akteurs erfolgt eine Zusammenlegung von Ressourcen und Einflusspotentialen und damit eine Stärkung der Arbeit gegen

Menschenrechtsgegner. Solche Einflusspotentiale und Ressourcen sind maßgeblich: *Macht, Wissen, Geld.*

- *Macht:* Mit Bündnissen steigern die Bündnismitglieder ihre Deutungsmacht und damit ihre Einflussmöglichkeiten im regionalen Raum. Sie erhöhen ihre Möglichkeit, Menschenrechtsfeindlichkeit und Rassismus öffentlichkeitswirksam zu problematisieren, die politische Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erhöhen und das Thema auf die Agenda der lokalen/regionalen Politiken zu setzen. Mit ihrer Begründung entsteht „Soziales Kapital“, das in politischen Einfluss, in Wissen und ggf. auch in Geld konvertiert werden kann.
Es steigt auch das Mobilisierungspotential. Wenn ein Bündnis aus unterschiedlichen Gruppen für eine Aktivität mobilisiert, werden Zielgruppen aus unterschiedlichen politisch-weltanschaulichen –kulturellen Milieus erreicht und ggf. auch als Unterstützer gewonnen.
- *Wissen:* In Bündnissen wird Wissen ausgetauscht. Wissen über Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen und Organisationen, die bisweilen versteckt und kleinräumig agieren und Wissen über geeignete Gegenstrategien. Mit Bündnissen steigt im gelingenden Fall die Beobachtungskompetenz und der Wissensbestand der Einzelakteure.
- Ressourcenzusammenlegung kann zudem in materieller Form geschehen: Die wechselseitige Zurverfügungstellung von materiellen (Demonstrations-)Mitteln etwa oder die gemeinsame Finanzierung von Projekten. Über das Netzwerk werden auch Informationen transportiert über Finanzquellen, die ggf. für das ganze Netzwerk fruchtbar gemacht werden können.
- In der Arbeit gegen Rechtsextremismus interferieren bzw. konfliktieren die Handlungslogiken und Interessen unterschiedlicher Akteure: Die Polizei ist orientiert an den Maximen „Sicherheit und Ordnung“ und der Ermöglichung der Versammlungsfreiheit für nicht-verbotene Gruppierungen, die Verwaltungen sind orientiert einerseits an formaljuristischen, ordnungspolitischen und verwaltungsbezogenen Maximen und stehen andererseits unter dem Einfluss von moralischen Leitbildern (z. B. „Nürnberg als Stadt der Menschenrechte“). Für zivilgesellschaftliche Organisationen und Gruppen hingegen ist nicht nur die Frage der Legalität von Bedeutung – die Begründung des Protests gegen Rechtsextremismus fußt auf Legitimitäts- und Moralitätsreflexionen. Notwendigerweise entsteht aufgrund dieser unterschiedlichen Handlungslogiken ein Spannungsfeld bis hin zu scharfen Konfliktlagen. Bündnisse können Orte der Koordinierung des Handelns der demokratischen Organisationen und des Interessensabgleichs sein sowie Arenen der Konfliktaushandlung wie – beilebung.
- Ein koordiniertes Zusammenspiel zivilgesellschaftlichen Protests, verwaltungsgemäßer Auflagenpolitik für neonazistische Umtriebe sowie gegenüber neonazistischen Aktivitäten restriktive, wie gegenüber dem Protestgeschehen gegenüber de-eskalierenden Polizeistrategien schränkt die Handlungsräume von Rechtsextremisten ein.

- Ein breit angelegtes Bündnis kann durch die Analyse des Konfligierens von Handlungslogiken ein Forum darstellen zur Ent-Personalisierung und damit zur psychologischen Entschärfung von Konflikten beitragen. Gleichzeitig können den Akteuren die jeweiligen Zugzwänge der Kooperationspartner transparent werden.
- **Koordinierung von Netzwerken – einige Problem- und Fragestellungen**
- Zur Gründung von Netzwerken bedarf es – wie immer in sozialen Bewegungen - des Engagements von „BewegungsunternehmerInnen“, die die Sinnhaftigkeit, gemeinsame Sache zu machen, glaubwürdig, ohne organisatorische Eigeninteressen und milieuübergreifend verkörpern können. Relative Unabhängigkeit und die (strukturelle) Möglichkeit zum Perspektivwechsel der Akteure sind günstige Voraussetzungen.

- Oligarchisierungsdynamiken

Die „Sprecher“- oder „Vorsitzenden“- Rollen bringen die Gefahr einer Oligarchisierung mit sich. Das hat mehrere Gründe:

Je komplexer das Netzwerk, desto unbeweglicher kann es werden. „Sprecher“ und „Vorsitzende“ müssen – auch angesichts der spontanisierten Mobilisierungsstrategien der Neonazis - das Netzwerk handlungs- und bewegungsfähig halten. Wenn aufgrund von Legitimierungsansprüchen inhaltlichen Positionierungen und Mobilisierungen längerwierige Abstimmungsprozesse vorausgehen müssen, kommt ein Netzwerk oft „zu spät“. Das Dilemma der „Sprecher“ bzw. „Vorsitzenden“ lautet damit: Verspätung oder unzureichend abgestimmte Entscheidungen.

Die Wahrnehmungs- und Darstellungsdramaturgie der Medien ist personalisiert. Es wird nicht mit einem „anonymen“ Netzwerk gesprochen und nicht über ein solches berichtet, sondern mit Einzelpersonen. Diese Personalisierung steigert die mediale Präsenz und Prominenz der „Sprecher“ bzw. „Vorsitzenden“, was intern zu Konkurrenzdynamiken führen kann.

Gleichzeitig ist auch die Kampfstrategie der Rechtsextremisten hochgradig personalisiert: Exponierten Einzelpersonen soll mittels Angriffen, Darstellungen im Internet etc. Angst eingejagt werden und damit die Engagementbereitschaft jener, die „Gesicht zeigen“ sollen, gesenkt werden. Die Angegriffenen indessen sind auf den Schutz durch ihre öffentliche Wahrnehmbarkeit angewiesen und es entsteht ein Zugzwang zur öffentlichen Präsenz. Wenn ein „Sprecher“ oder „Vorsitzender“ ins Fadenkreuz der Nazis gerät, kann er aus Sicherheitsgründen nicht in den Hintergrund treten, sondern ist erst recht gezwungen, öffentlich zu agieren.

- Demokratische Legitimierung

Netzwerke sind auch deshalb gut beraten, demokratische Legitimierungen von „Sprecher“ und „Vorsitzenden“-Rollen zu institutionalisieren. Sinnvoll ist die Einrichtung von kleineren Koordinierungskreisen, die Mit-Verantwortung für die

Koordinierung und Steuerung eines Netzwerks übernehmen und die demokratische Abstimmung des Vorgehens erleichtern.

- Der Kampf um die Deutungshoheit und Identitätsbehauptungen

Ein Kampf um die Deutungshoheit spielt sich nicht nur zwischen Staat, Verwaltung einerseits und zivilgesellschaftlichen Gruppen andererseits ab. Man kann einen solchen Kampf auch im zivilgesellschaftlichen Sektor beobachten. Es handelt sich zum einen um die Frage, wer die „richtige“ Problemsicht hat, zum anderen geht es auch um einen „Kampf um Anerkennung“: Wo ist die Heimstatt des „wahren“ Antifaschismus, welche Wirkung und Legitimation haben „bürgerliche Gruppen“, die gelegentlich als „bunte Luftballon- und Bratwurst-Fraktion“ diskreditiert werden? Diesbezügliche Auseinandersetzungen sind bisweilen stark ideologisiert und emotional erhitzt und dynamisieren die Identitätsbehauptungen der beteiligten Akteure. Strikte Identitätsbehauptungen einer „fehlerfreien Polizei“, von „wahren Antifaschisten“, von „rational und umsichtig Agierenden“ etc. sind maßgebliche Faktoren, die sich auf der Hinterbühne und in den Hinterköpfen der Kooperation und der Kooperierenden abspielen und das Geschehen emotional dynamisieren.

- Entwicklung einer normativen Basis für die Kooperation

Ein auf Dauer gestelltes Netzwerk sollte sich mit Blick auf seine moralischen Grundlagen und seine Kooperationsprozeduren eine verschriftete Basis geben. Als moralische Grundlage könnte man sich auf die Menschenrechte verständigen: Es ist dies eine anspruchsvolle, weil universelle und eine kritische, weil auch die eigene Praxis in ein „frag-würdiges“ Licht stellende Grundlegung.

Die Steuerung des Netzwerks, die Legitimierungsprozeduren von Organen des Netzwerks sollte geregelt sein, ohne das Netzwerk zu bürokratisieren.

- Netzwerke brauchen staatliche Unterstützung
- Bürgerschaftliche Netzwerke gegen Rechtsextremismus sind „ehrenamtliches“, „bürgerschaftliches“, „freiwilliges“ Engagement, das die selben Förderansprüche reklamieren kann, wie das Engagement in Sport, Kultur, Politik und Sozialen Tätigkeitsfeldern.
- Finanzielle Infrastrukturförderung: Umfangreiche Allianzen brauchen eine Geschäftsstelle mit hauptamtlichen Personal. Für ehrenamtlich Tätige ist die Koordinierung des Netzwerks zu zeitintensiv.
- Finanzielle projektbezogene Förderung: Für nachhaltige Erfolge in der Bekämpfung des Rechtsextremismus sind projektbezogene, zureichende finanzielle Förderungen unverzichtbar. Das betrifft die Entwicklung von Informations-Instrumentarien (Homepage, Broschüren und Handreichungen etc.) genauso wie die Verwirklichung von breiter und tiefer angelegten Bildungsaktivitäten.
- Von der Projekt- zur Regelfinanzierung: Die Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus ist ein langfristiges Unternehmen. Erfolgreiche Projekte sollten deshalb langfristig regelfinanziert werden.

- Motivierung von lokalen Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung zur Kooperation mit Netzwerken und Allianzen und Werbung um „good will“ für die Einschätzung zivilgesellschaftlichen Protests: Es stellt aus unterschiedlichen Gründen ein Problem dar, wenn Verwaltungen und politische Entscheidungsträger nur von BIGE, Verfassungsschutz und Polizei beraten werden. Welche blamablen und kontraproduktiven Effekte dies erzeugt, hat im letzten Jahr ein Neonazi-Konzert in Scheinfeld erwiesen: Eine Veranstaltung mit 1.000 Rechtsextremisten konnte unkommentiert und von der demokratischen Öffentlichkeit unbeobachtet – gleichsam unter Polizeischutz – über die Bühne gehen.
- Institutionalisierung einer Schatten- bzw. Parallelberichterstattung über rechtsextremistische Aktivitäten: Analog zur internationalen Berichterstattung über die Einhaltung der Menschenrechtskonventionen in den Mitgliedsstaaten der United Nations sollte man dringend ein Verfahren institutionalisieren, das einen „Staatenbericht“ (erstellt durch das Innenministerium) und einen „Parallelbericht“ (erstellt durch zivilgesellschaftliche Beobachter rechtsextremistischer Aktivitäten) umfasst. Beide Berichte sollten in den Parlamenten vorgestellt werden. Der Sinn des Verfahrens ist es, „blinde Flecken“ aufzuhellen und vereinseitigten Perspektiven entgegen zu wirken, die Wahrnehmungskompetenz zu erhöhen und die Einschätzungen des Gefährdungspotentials des Rechtsextremismus zu qualifizieren.

Angaben zum Verfasser:

*Michael Helmbrecht, Sozialwissenschaftler M.A., Diplom-Sozialpädagoge. Dozent an der Technischen Hochschule Nürnberg, Fakultät Sozialwissenschaften. Jahrelange Erfahrung in Netzwerkarbeit, Gemeinwesenarbeit, Arbeit gegen Rechtsextremismus. Einer der Sprecher des „Bürgerforum Gräfenberg“. Seit 2011 ehrenamtlicher Vorsitzender der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Europäischen Metropolregion Nürnberg.
michael.helmbrecht@th-nuernberg.de*